



## Lehrermangel - Die KMK grüßt vom Elfenbeinturm

### VLW unterstützt Petition zur Abschaffung der Kostendämpfungspauschale

Unfassbar, was die KMK in ihrem Empfehlungsschreiben da veröffentlicht hat. Man könnte meinen, es handele sich um die Ergebnisse eines Brainstormings, deren Auswirkungen noch nicht weiter durchdacht wurden. Anders lässt es sich kaum erklären, wie man mit solchen Ideen den Lehrermangel bekämpfen will. Zu befürchten ist vielmehr das Gegenteil, denn eine Umsetzung einiger dieser Ideen wäre ein weiterer Schlag gegen die Attraktivität des Lehrerberufs. Zweifellos ist es höchste Zeit zu handeln, denn die Situation an den Grundschulen und in der Mittelstufe ist in vielen Ländern bereits dramatisch. So lässt es sich bereits absehen, wann die aufwachsenden Schülerzahlen an unseren BBSn ankommen werden. Laut Bildungsforscher Prof. Klemm ist dies spätestens ab dem Jahr 2030 der Fall. In seinen Berechnungen, die er kurz vor Ausbruch des Ukraine-Krieges veröffentlicht hat, ist jedoch noch nicht der Zustrom an Geflüchteten berücksichtigt. Das Land müsste demnach längst schon geeignete Maßnahmen ergriffen haben, um die Zahl der Lehramtsstudierenden zu erhöhen, damit diese zum Ende der Dekade als Nachwuchskräfte an unseren Schulen zur Verfügung stehen. Die gestrige Vorstellung der Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK), gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz, hat, wenig verwunderlich, einen Sturm des Protestes unter den Lehrerverbänden ausgelöst. Man muss sich schon fernab der Realität bewegen, wenn man der Meinung ist, Kolleginnen und Kollegen seien in Teilzeit, obwohl sie eigentlich noch Zeit und Kraft hätten, ihr Deputat zu erhöhen. Das mag in wenigen Einzelfällen tatsächlich so sein. Überwiegend ist jedoch davon auszugehen, dass jede Teilzeitkraft das für sie passende Maß an beruflicher Tätigkeit bereits ausgelotet hat. Die Entscheidungsgründe für Teilzeitarbeit (einschließlich Sabbaticals und Altersteilzeit) sind vielfältig. Abgesehen von familiären Aufgaben, wie der Betreuung von Kindern oder Angehörigen, ist die Teilzeit auch eine Reaktion auf die stark zugenommenen Belastungen, mit denen wir in unserem Berufsalltag konfrontiert werden. Die persönliche Freiheit des Einzelnen, das Wochendeputat auf die eigene persönliche Situation abzustimmen, darf uns keinesfalls genommen werden. Jeder kann sich vorstellen, dass bei einer aufgezwungenen erhöhten Unterrichtsverpflichtung zwangsläufig die Unterrichtsqualität leidet und zudem die Gefahr eines erhöhten Krankenstandes droht. Mindestens hat es jedoch Auswirkung auf die empfundene Berufszufriedenheit. Bereits heute sind die Medien voll von Berichten unzufriedener Lehrkräfte. Eine Verschärfung dessen würde unseren, eigentlich erfüllenden, Beruf nur noch weiter in die Negativschlagzeilen bringen. Die weiteren Vorschläge der SWK, den Lehrkräftebedarf durch die Ausweitung von Hybridunterricht, durch Selbstlernzeiten in den höheren Klassenstufen und durch eine Vergrößerung der Klassen zu senken, haben bei genauerer Betrachtung ebenfalls eine erhöhte Belastung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zur Folge. Die Empfehlungen werden von der SWK zwar als Notmaßnahmen bezeichnet, eine kurzfristige Lösung der Problematik steht jedoch aufgrund des alle Bereiche betreffenden Fachkräftemangels nicht in Aussicht. Die gemachten Vorschläge für eine mittelfristige Lösung der Probleme, z.B. durch Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigern, erscheinen allenfalls vage. Als Lichtblick kann man allenfalls den Vorschlag werten, Lehrkräfte von

Aufgaben außerhalb des Unterrichts zu entlasten. Ob es allerdings eine Arbeitserleichterung darstellt, wenn man seine Klassenarbeiten von einem Studierenden korrigieren lässt, erscheint uns mehr als fraglich. Schließlich stellen wir in unseren Arbeiten nicht nur Multiple Choice - Aufgaben, die durch Ankreuzen beantwortet werden. Das Korrigieren einer Arbeit erfordert ständige Entscheidungen darüber, ob und wie viele Punkte für eine Schülerantwort gegeben werden. Wenn dies dann noch mit einem Studierenden besprochen und diskutiert werden muss, dann bleibt von der erhofften Zeitersparnis wenig übrig. An solchen Ideen wird deutlich, wie weit die Vorschläge der SWK von unserem schulischen Alltag entfernt sind.

**Der VLW vertritt die Meinung, dass unsere Politikerinnen und Politiker letztendlich einsehen müssen, dass qualitativ hochwertige Bildungsarbeit nicht mit zu geringen finanziellen Mitteln geleistet werden kann, und er fordert zeitnah geeignete Anstrengungen, um dem drohenden Lehrermangel an BBSn zu begegnen.** Seit Jahren unterbreitet der VLW konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Attraktivität des Lehramts an BBS, wie z.B. die Erhöhung der Anwärterbezüge während des Vorbereitungsdienstes und den Abbau des Beförderungsstaus nach A14.

Die Pressemitteilung der KMK finden Sie unter folgendem Link:

[Einsatz optimieren, Bedarf senken: SWK empfiehlt zeitlich befristete Notmaßnahmen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel \(kmk.org\)](https://www.kmk.org/Pressemitteilungen/2020/01/2020-01-20-Einsatz-optimieren-Bedarf-senken-SWK-empfehl-zeitlich-befristete-Notmassnahmen-zum-Umgang-mit-dem-akuten-Lehrkraeftemangel)

Bereits vor mehr als einem Jahr haben wir in unserem Newsletter von der beschlossenen Abschaffung der **Kostendämpfungspauschale** in unserem Nachbarbundesland Nordrhein-Westfalen berichtet. Der dbb Rheinland-Pfalz setzt sich ebenfalls vehement für die Abschaffung in unserem Bundesland ein. Die Forderung nach entsprechender Änderung der Beihilfeverordnung wurde jedoch von der Landesregierung zurückgewiesen und ist nicht in den aktuellen Haushalt eingeflossen. Der dbb ruft nun zur Mitzeichnung einer Petition an die Bürgerbeauftragte auf, die auch vom VLW vollumfänglich unterstützt wird.

Bitte unterstützen auch Sie die Petition bis spätestens 7. März unter folgendem Link:

[Änderung der Beihilfenverordnung Rheinland-Pfalz; Abschaffung der Kostendämpfungspauschale - Die Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz \(rlp.de\)](https://www.rlp.de/buergerbeauftragte/petition/2020/01/2020-01-20-Aenderung-der-Beihilfenverordnung-Rheinland-Pfalz-Abschaffung-der-Kostendaempfungspauschale-Die-Buergerbeauftragte-des-Landes-Rheinland-Pfalz)

**Sie sind anderer Meinung oder möchten noch etwas ergänzen? Dann schreiben Sie uns. Wir freuen uns auf Ihr Feedback unter [redaktion@vlw-rlp.de](mailto:redaktion@vlw-rlp.de).**